

## 1. Forschungsprojekt Nr.: **2.3004**

Titel:

### **Öffentliche Förderung der betrieblichen Ausbildung im dualen System**

#### 2. Problemdarstellung

Es besteht in allen gesellschaftlichen Gruppen weitgehende Einigkeit darüber, dass in der Vergangenheit die berufliche Ausbildung einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand in Deutschland geleistet hat und auch in Zukunft eine qualifizierte Ausbildung der Jugend für die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit von ausschlaggebender Bedeutung sein wird.

Mit der Durchführung der betrieblichen Berufsausbildung liegt auch deren Finanzierung bei den Betrieben der Wirtschaft. Damit ist es - anders als beim allgemeinen Bildungssystem - ein Wesensmerkmal der dualen Ausbildung, dass der Staat auf die unmittelbare Trägerschaft und Finanzierung der betrieblichen Ausbildung verzichtet. Gleichwohl trägt der Staat weiterhin die gesellschaftliche Verantwortung dafür, dass Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot ermöglichen. Dies gilt vorrangig in Zeiten, in denen wirtschaftliche Rezessionen und/oder geburtenstarke Jahrgänge dazu führen, dass das betriebliche Ausbildungsangebot der Ausbildungsnachfrage nicht mehr nachkommt.

Insbesondere in Ostdeutschland ist nach wie vor staatliches Handeln geboten, um den Jugendlichen eine Ausbildungsperspektive zu vermitteln. Aber auch in Westdeutschland meldet die Bundesanstalt für Arbeit in den letzten Jahren einen zunehmenden Anteil nicht vermittelter Ausbildungsstellenbewerber. Die staatliche Intervention zur Kompensation des Ausbildungsplatzdefizites steht dabei vor dem Dilemma, dass die gewollte Wirkung auf die Ausbildungssituation häufig nur kurzfristig ist. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass mit dieser Förderung neue Elemente in das duale System hineingetragen werden, die längerfristig dazu führen, dass das grundlegende Prinzip der Verbindung von Arbeiten und Lernen in der dualen Ausbildung vernachlässigt wird (wie z.B. bei der außerbetrieblichen Ausbildung). Ferner besteht die Gefahr, dass die Betriebe der Wirtschaft durch Mitnahme- und Gewöhnungseffekte aus der finanziellen Verantwortung entlassen werden. Ferner können die Förderprogramme zu einer regionalen Berufsstruktur ohne Zukunftspotential führen und nicht zuletzt auch zur Stigmatisierung von geförderten Jugendlichen beitragen.

Da noch bis zum Jahr 2006 mit einer demografisch bedingten Steigerung der Ausbildungsnachfrage um 1,3 bis 2,0 % jährlich zu rechnen ist und ein ausreichendes betriebliches Lehrstellenangebot hierfür nicht erwartet wird, ist staatliches Handeln weiterhin geboten. Öffentliche Förderprogramme und Initiativen dürften hier auch künftig als flexible Möglichkeit gelten, um die Ausweitung des Ausbildungsangebotes zu fördern. Um hierbei ungewollten Nebenwirkungen wie z.B. Mitnahmeeffekten, fehlgeleiteten Berufsstrukturen oder einer geringen Praxisnähe der Ausbildung vorzubeugen, soll im Projekt mehr Klarheit über die Höhe und Ausgestaltung der öffentlichen Förderung der beruflichen Ausbildung geschaffen werden. Damit der Staat seine gesellschaftliche Verantwortung für die Ausbildung der nachwachsenden Generation effizienter wahrnehmen kann, ist es auch erforderlich, der Kritik an der Wirksamkeit und an möglichen negativen Folgen für die duale Ausbildung nachzugehen.

### 3. Erläuterung der Forschungsziele, Forschungspriorität

Mit dem Forschungsvorhaben soll die Förderung des Staates in der beruflichen Ausbildung transparent gemacht und es sollen Hinweise auf die Effekte der eingesetzten Mittel gewonnen werden. Hierzu soll die Förderung des Jahres 1999 betrachtet werden. Im Mittelpunkt steht die Förderung der Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes, unabhängig davon, ob die Ausbildung innerhalb oder außerhalb von Betrieben stattfindet. Alternative schulische Berufsbildungsgänge sowie vorgelagerte Bildungsgänge (z.B. Berufsvorbereitungsmaßnahmen, Förderlehrgänge) werden dann einbezogen, wenn sie in einem unmittelbaren Kontext zur Behebung von Problemen auf dem Ausbildungsstellenmarkt stehen. Die Finanzierung der regulären Teilzeitberufsschule sowie Fortbildung und Umschulung werden nicht in die Betrachtung einbezogen. Im einzelnen ist folgendes beabsichtigt:

- Es soll ein Beitrag zur Erfassung der öffentlichen Förderung der beruflichen Ausbildung nach Maßnahme- bzw. Förderart (z.B. Lehrstelleninitiativen, Länderprogrammen), nach Regionen und nach den Wirkungen (z.B. Zahl der geförderten Ausbildungsplätze, Zahl der betroffenen Jugendlichen, Art der Förderkriterien) geleistet werden.
- Im Rahmen des Projektes sollen auch die öffentlichen Mittel erfasst werden, die teilweise in Etatposten enthalten sind, die vordergründig nicht auf Ausbildungsförderung hindeuten.
- Die Ergebnisse sollen anschließend mit Daten aus anderen Forschungsprojekten zu den Aktivitäten anderer Finanziers (Wirtschaft, Individuen) verknüpft werden, um Finanzierungsanteile zu ermitteln.
- Ferner soll die Informationsgrundlage darüber verbessert werden, inwieweit durch den Einsatz öffentlicher Mittel Ausbildungsstellen tatsächlich geschaffen wurden. Hierzu reicht eine Auflistung der Fördermodalitäten, der geplanten Mitteleinsätze sowie der Anzahl der zu fördernden Ausbildungsplätze nicht aus.
- Darüber hinaus soll versucht werden, die Fördermaßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf die Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation insgesamt exemplarisch zu evaluieren. Hierbei geht es primär um eine summative Evaluation, die - in Abhängigkeit von den forschungsökonomischen Grenzen und Möglichkeiten der Informationsgewinnung - nach Tiefe und Breite differenziert werden könnte.

Aus den Ergebnissen des Forschungsprojekts sollen schließlich Empfehlungen für die künftige Förderung der betrieblichen Ausbildung abgeleitet werden. Das Projekt ist der Forschungspriorität 3 „Individualisierung und Differenzierung beruflicher Bildung durch curriculare, organisatorische und didaktische Maßnahmen“ zugeordnet.

#### 1. Zeitrahmen

III/00 – II/02

Mitarbeiter/-innen

**Berger, Klaus** (0228/107-1320); Ködderitzsch, Gisela; Dr. Walden, Günter